

Podemos: Eine neue Partei bedroht Spaniens „bipartidismo“

Christian Pfeiffer

1| Vom „Movimiento 15-M“ zu Podemos

Um einen kurzen Abriss der Geschichte von Podemos (auf Deutsch: „Wir können“) zu liefern, muss die Erzählung bereits im Jahr 2011 mit der Bewegung der „Empörten“ („Indignados“) beginnen, die in Anlehnung an den Tag ihrer Initialdemonstration auf der Madrider Puerta de Sol heute nur noch „15-M“ (15. Mai) genannt wird. Die Bewegung, die sich schlagartig auch auf die übrigen Teile des Landes ausbreitete und als Vorläufer der Occupy-Bewegung angesehen wird, hielt die spanische Gesellschaft und Politik für die folgenden Monate in Atem. Sie begriff sich als horizontal, alle gesellschaftlichen Schichten umfassend und als Protest gegen das Zwei-Parteiensystem aus PP (Partido Popular) und PSOE (Partido Socialista Obrero Español), die Austeritätspolitik der Regierung mit seinen sozialen Folgen, den vermeintlichen Demokratie- und Transparenzmangel, die grassierende Korruption sowie das herrschende Finanzsystem. Dabei sah sich die Bewegung als basisdemokratisch und konsensgebunden an und hatte keine expliziten Wortführer. Nachdem die Proteste abgeklungen waren, war vielfach der Meinung zu vernehmen, dass die Bewegung es nicht geschafft hätte, sich in einer politischen Kraft zu bündeln.

Zwar machten sich insbesondere Parteien wie die linke IU (Izquierda Unida), die zentristische UPyD (Unión Progreso y Democracia) und kleinere regionale Parteien einige ihrer Positionen zu eigen und konnten auch in den Umfragen von einem Wählerzufluss von Seiten der „Empörten“ profitieren, dennoch konnten sie sich niemals als glaubhafte Alternative zu den Volksparteien positionieren. Auch als sich Podemos im März 2014 offiziell als Partei beim Innenministerium registrieren ließ, war nicht sofort damit zu rechnen, dass sich hier eine ernsthafte Gefahr für die etablierten Parteien entwickeln könnte. Der erste Erfolg der neuen Partei war zunächst die Europawahl am 25. Mai dieses Jahres, in der die Partei vollkommen überraschend auf 7.97 Prozent der Wählerstimmen bzw. 1,2 Millionen Stimmen kam und 5 Sitze im Europaparlament erlangen konnte.

Die Konservativen von der PP und die Sozialdemokraten der PSOE waren nun gewarnt, gingen die Parteiführung von Podemos in Pressekonferenzen und politischen Talkshows hart an und bezeichneten sie als Populisten, Demagogen, Unterstützer der baskischen Terrororganisation ETA und des chavistischen Regimes in Venezuela sowie als Feinde der Demokratie. Es folgten heftige mediale Auseinandersetzungen und ein weiteres allmähliches Ansteigen der Zustimmung in der spanischen Bevölkerung für die im Gegensatz zu den etablierten Politikern unverbrauchten Gesichter, die plötzlich auf diversen Fernsehkanälen, in Zeitungen sowie in den sozialen Medien zu sehen waren.

Als Podemos schließlich am 18. und 19. Oktober seine Bürgerversammlung „Ja, man kann“ (Asamblea Ciudadana „Sí, se puede“) im Madrider Palacio de Vistalegre eröffnete und alle großen spanischen Zeitungen ausführlich über dieses Ereignis berichteten, hatte sich aus der anfangs belächelten Partei bereits ein Medienspektakel entwickelt und in der mit etwa 7000 Menschen gefüllten Halle herrschte eher eine Stadionatmosphäre als die sonst bei Parteitagungen vorherrschende Stimmung von inszeniertem, jedoch beherrschtem Jubel. Diese Euphorie des vermeintlichen Aufbruchs und andere begünstigende Faktoren resultierten schließlich am 2. November in einem von der spanischen Tageszeitung El País veröffentlichten Umfrageergebnis, dass wie ein politisches Erdbeben aufgenommen wurde. Podemos hatte sich mit 27 Prozent des potentiellen Wählerzuspruchs an die Spitze der Umfragen gestellt und die PSOE mit 26,2 Prozent und die PP mit 20,7 Prozent hinter sich gelassen.

Auch wenn diese herausragenden Werte für Podemos vom spanischen staatlichen Umfrageinstitut CIS zwei Tage später noch nach unten korrigiert wurden, bestätigten Umfragen vom Dezember und Januar die Umfrageergebnisse und stufte Podemos stets als erste oder zweite politische Kraft ein. Die Tendenz spricht klar für die Partei von Pablo Iglesias, der am 15. November als Abschluss des die Partei endgültig konstituierenden Abstimmungsprozesses zum Generalsekretär der Partei gewählt wurde. Insbesondere durch den von langer Hand geplanten „Marsch der Veränderung“ („marcha del cambio“) vom 31. Januar in Madrid, an dem nach Schätzungen mehr als 100.000 Menschen teilnahmen, hat Podemos seine Mobilisierungskraft unter Beweis gestellt und einen eindrucksvollen Auftakt der diesjährigen Wahlkampfphase gesetzt.

2 | Die Gründe für den Aufstieg von Podemos

Das sich die Umfrageergebnisse von Podemos so rasant nach oben entwickelt haben und konstant hoch geblieben sind, ist auch das Ergebnis einer sozialen und politischen Situation, die viele spanische Bürger durchleben müssen und die sie regelrecht in die Arme einer alternativen Kraft treibt, die eine Verbesserung ihrer Lage verspricht. Die Gründe für ein solches Erstarken der neuen Partei lassen sich grob auf fünf Faktoren herunterbrechen:

2.1 | Korruption

Es vergeht kaum ein Tag, an dem die Menschen in Spanien nicht von neu aufgedeckten Korruptionsskandalen in der Zeitung lesen müssen. Die Skandale reichen von Steuerhinterziehung über Bestechung bis zur Geldwäsche und Urlaubsflügen auf Kosten des Staates. In der Regel sind vor allem aktuelle und ehemalige Politiker der regierenden PP verwickelt, allerdings auch Mitglieder der PSOE und sogar der linken IU sowie der Gewerkschaften. Dennoch wurde die PP am stärksten von den Korruptionswürfen getroffen. Die Tageszeitung El País ging so weit, den Oktober einen „Schwarzen Oktober für die Schlupfwinkel der Macht“ zu nennen. Hierbei spielte sie insbesondere

auf die „Operación Púnica“ und den Skandal der „Tarjetas Black“ an.

Im Rahmen der „Operación Púnica“ wurden am 27. Oktober zahlreiche Wohnungen und Büros ehemaliger und aktueller Politiker und Gewerkschaftler durchsucht, die unter dem Verdacht der Bestechlichkeit stehen. Ihnen wird vorgeworfen, Zahlungen von Firmen für die Vergabe öffentlicher Aufträge erhalten zu haben. Dabei wurde ein ganzes Korruptionsnetz aufgedeckt, in dessen Zentrum die ehemalige Nummer Zwei der PP in der Autonomen Gemeinschaft Madrid, Francisco Granados, stand.

Der Skandal der „Tarjetas Black“ betrifft ehemalige Mitglieder des Verwaltungsrates und der Führungsspitze der Bank Caja Madrid, Vorgängerinstitution der verstaatlichten spanischen Bank Bankia. Zahlreiche hohe Posten der Finanzorganisation verfügten über eine von der Bank ausgestellte Kreditkarte, die es ihnen ermöglichte, bei der Benutzung Zahlungen vorzunehmen, die nicht von den Finanzbehörden registriert werden konnten. Die prominentesten Beschuldigten sind der ehemalige Caja Madrid-Chef Miguel Blesa und der ehemalige IWF- und Bankia-Vorsitzende, Rodrigo Rato.

Angesichts der Korruption entsteht bei vielen Spaniern der Eindruck von Machtlosigkeit gegenüber einer Klasse von Berufspolitikern, die nur an Selbstbereicherung interessiert ist, sich von dem normalen Bürger entfernt und eine zu große Nähe zu finanzstarken Unternehmen und Banken hat. Hierzu passt der Diskurs von Podemos, dass endlich die „Drehtüren“ zwischen der Politik und Wirtschaft sowie dem Bankenwesen eliminiert werden müssten und der Fakt, dass die Partei sich ausschließlich aus Spenden seiner Mitglieder und Sympathisanten finanziert und es ablehnt, Spenden von Banken und Unternehmen anzunehmen. Außerdem haben viele Menschen den Eindruck, dass die Korruption nicht ausreichend verfolgt werden würde. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass spanische Politiker viel seltener als in Deutschland wegen Korruptionsvorwürfen zurücktreten und zum anderen mit der weitgehenden Straflosigkeit von Politikern, die von der gesamten Opposition bemängelt wird. Dies korrespondiert nicht mit der öffentlichen Wahrnehmung der Korruption als eines der dringendsten Probleme Spaniens.

2.2| Austeritätspolitik der Regierung

Im Rahmen der insbesondere von Deutschland initiierten Austeritätspolitik hat Spanien zahlreiche Einschnitte im Sozialbereich vorgenommen sowie Arbeitsmarktreformen durchgeführt, um den Arbeitsmarkt flexibler und wettbewerbsfähiger zu machen. Einige der Maßnahmen wie die drastische Kürzung der Ausgaben im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich haben viele Spanier hart getroffen. Auch wenn die aktuellen Wirtschaftszahlen von vielen Analysten als positiv interpretiert werden und das Land die Rezession vorerst verlassen hat, nehmen nur wenige Spanier eine tatsächliche Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse wahr. Im Gegenteil, laut der CIS-Umfrage vom Dezember halten nur 1,6 Prozent der Spanier die aktuelle ökonomische Situation des Landes für gut

und 82 Prozent dagegen für schlecht oder sehr schlecht. Für die Zukunft rechnen 69,9 Prozent damit, dass die Lage gleichbleibt oder sich verschlechtert.

2.3| Soziale Ungleichheit

Auch die veröffentlichten Daten zur signifikanten Vermögenssteigerung der spanischen Gesellschaft haben diesen Eindruck nicht verringert. Ganz im Gegenteil, so ist die Zahl der Millionäre allein im vergangenen Jahr um 24 Prozent auf 465.000 angestiegen, während bereits ein Viertel aller Spanier in seiner Lebensweise signifikant von der Krise beeinträchtigt ist. Zudem sorgte eine Studie der OECD für Aufsehen, die feststellte, dass Spanien das Mitgliedsland mit der höchsten Einkommensungleichheit sei. Weitere Statistiken zu der bereits weit verbreiteten Kinderarmut (36,3 Prozent der spanischen Kinder leben statistisch in Armut) und Nachrichten über so genannte „Müllverträge“ mit miserablen Arbeitsbedingungen verstärken diese Auffassung. Die soziale Ungleichheit wird insbesondere im Diskurs von Podemos, aber auch von anderen Parteien wie IU und PSOE, angeprangert.

2.4| Die Kritik am „Regime von 1978“

In der Vergangenheit ist es vermehrt zur Kritik an der Transition, dem paktierten Übergang von der Franco-Diktatur zur Demokratie, gekommen. Podemos sieht sich auch als Ergebnis eines vermeintlichen Zerfalls der mit der Verfassung von 1978 entstandenen politischen Ordnung des Landes. Als „Regime von 1978“ werden vor allem die alten Eliten angesehen, die durch ihre Zusammenarbeit mit den Regimegegnern ihre Besitztümer und Privilegien mit in die neue demokratische Zeitrechnung gerettet hätten. Zudem hätten die Akteure des „Regimes von 1978“ kein voll ausgeprägtes demokratisches Verständnis, was sich etwa an der sturen Haltung der Zentralregierung gegenüber den separatistischen Bestrebungen in Katalonien zeige oder dem generellen Verhalten der etablierten Parteien und ihres „demokratischen Unvermögens“ („impotencia democrática“), die sich u. a. in der Kommunikationsstrategie der PP zeige. Podemos hingegen möchte sich als basisdemokratische Partei darstellen, die die Fehler der Vergangenheit korrigiert und Spanien als plurinationalen, föderalen und egalitären Staat quasi neugründet.

2.5| Das Medienphänomen Pablo Iglesias

Pablo Iglesias, unangefochtene Führungsfigur von Podemos und nicht zufällig nach dem noch heute vielerorts verehrten Gründer der PSOE benannt, hat in den letzten Monaten eine mediale Präsenz wie kaum ein anderer spanischer Politiker genossen. Dies zeigt sich an unterschiedlichen Indikatoren wie der Zahl der Follower bei Twitter (über 811.000, zum Vergleich: Pedro Sánchez, Generalsekretär der PSOE hat 128.000 Follower), in seinem gemessenen Bekanntheitsgrad (97 Prozent der Spanier

kennen Pablo Iglesias, nur 86 Prozent Pedro Sánchez, den Generalsekretär der PSOE) und auch an den Einschaltquoten der Sendungen, in denen er auftritt. Nur ein Beispiel ist die ohnehin sehr populäre Sendung „Salvados“ des Senders laSexta, die Pablo Iglesias auf seinem Besuch beim ecuadorianischen Präsidenten Rafael Correa begleitete und mit einem vergleichsweise inhaltsschweren Gespräch eine Rekordquote von 23 Prozent (5 Mio. Zuschauer) erreichen konnte.

Iglesias, der einen Abschluss in Rechtswissenschaft und einen Doktor in Politikwissenschaft besitzt, ist zu der wohl umstrittensten Figur im spanischen Politikbetrieb avanciert. Seine langjährige Erfahrung im Medienbetrieb als Mitgründer und Moderator des unabhängigen Politikkanals „La Tuerka“ und der Talkshow „Fort Apache“ auf dem von der iranischen Regierung finanzierten Sender „HispanTV“ hat ihn sowohl die Vorzüge als auch die Mechanismen der politischen Talkshow beigebracht. So erklärte er in „Salvados“, dass dieses Genre für ihn das „Parlament des 21. Jahrhunderts“ darstellt, da man so näher am Bürger sei und ihn so besser erreichen könne. Zuletzt ist allerdings auch Kritik an Iglesias' Medienstrategie aufgekommen. Iglesias müsse diese den Umständen anpassen und einsehen, dass er nun nicht mehr nur einfacher Studiogast sei, sondern potentieller Kandidat auf das Amt des spanischen Staatschefs. Dies beinhaltet auch, nicht nur wie bisher den meisten inhaltlichen Fragen auszuweichen, sondern konkrete Vorschläge zu machen.

3| Der Madrider Universität Complutense als Keimzelle der Partei

Den Kern der Partei um Pablo Iglesias bilden mit Iñigo Errejon, Juan Carlos Monedero, Carolina Bescansa und Luis Alegre langjährige Gefährten, die allesamt ihren Doktor der Politikwissenschaft oder der Philosophie (Alegre) an der Universität Complutense erhalten haben und an selbiger auch Lehraufträge innehatten bzw. noch haben. Von diesen besonders hervorzuheben sind Juan Carlos Monedero und Iñigo Errejon, die wahlweise von den Medien als „Gehirn hinter Podemos“ oder „rechte Hand von Pablo Iglesias“ dargestellt werden.

Juan Carlos Monedero, mit 51 Jahren mit Abstand der älteste im engsten Kreis um Iglesias, hat bereits eine längere akademische Karriere hinter sich, die ihn u. a. nach Heidelberg führte. Dort promovierte er bei Klaus von Beyme über die „Gründe der Auflösung der DDR: Das Fehlen der Legitimität. 1949-1989.“ Diese Beschäftigung mit der deutschen Geschichte scheint ihn in seinen politischen Ansichten sehr beeinflusst zu haben. So erklärte er in einem Interview, dass er in Deutschland zu der Erkenntnis gekommen ist, dass die wichtigsten Artikel der deutschen Verfassung von Antifaschisten geschrieben wurden, während in Spanien der ehemalige franquistische Minister Manuel Fraga federführend gewesen sei.

Auch in seinem Buch „La historia contada a nuestros padres“ führt er diesen Gedanken weiter aus. Er sieht die Transition, die auch den Prozess der Verfassungsentwicklung beinhaltet, als begriffliche Kreation der franquistischen Eliten an, die ihre Privilegien behalten wollten, während die wirklichen

Kämpfer für die Demokratie und die Regimegegner, die nicht mit dem alten Regime kollaborieren wollten, heute vergessen seien oder eine chronisch unterschätzte und marginale Rolle einnehmen würden. Monedero ist somit vor allem als Sprachrohr für die Aufarbeitung der Verbrechen des Franco-Regimes zu vernehmen, was sich auch darin äußert, dass er bei einem Wahlsieg seiner Partei nach dem Vorbild südamerikanischer Länder wie Argentinien sofort eine Wahrheitskommission zur Aufarbeitung der Verbrechen des Bürgerkriegs und der Diktatur einsetzen möchte.

Der mit 31 Jahren wesentlich jüngere Iñigo Errejon ist neben Pablo Iglesias wohl der Podemos-Politiker mit der größten Präsenz in den politischen Talkshows. Errejon, der wie auch Iglesias bei Heriberto Cairou Carou, einem renommierten Lateinamerikawissenschaftler und Dekan der Fakultät für Politikwissenschaft der Complutense, promoviert hat, schrieb seine Dissertation über den „Kampf um die Hegemonie während der ersten MAS-Regierung in Bolivien (2006-2009).“ In dieser beschäftigt er sich intensiv mit der Hegemonietheorie des italienischen marxistischen Theoretikers Antonio Gramsci und beschreibt anhand dieser, wie der bolivianische Präsident Evo Morales einer elitären und meinungsführenden Minderheit mit Hilfe einer Mehrheit der Bevölkerung nicht nur die Macht entreißen konnte, sondern auch einen radikalen Bruch mit dem vorherigen Regimen vollziehen und seine Politik trotz aller Widersprüche zu einem Ausdruck des „kollektiven national-populären Willens“ („voluntad colectiva nacional-popular“) machen konnte.

4 | Der Kampf von Podemos um die Hegemonie und gegen die „casta“

Insbesondere die Handschrift von Errejon ist unverkennbar in der Ideologie von Podemos. Dies lässt sich etwa an dem sich ständig wiederholenden Mantra der Partei erkennen, dass sie die „soziale Mehrheit“ („mayoria social“), die „Macht des Volkes“ („poder popular“) oder schlicht die „Bürgerschaft“ („ciudadania“) vertrete, die sich ihre Rechte gegen eine degenerierte „Kaste“ („casta“) von Politikern wiedererobern müsse.

In seiner Hegemonietheorie unterschied Antonio Gramsci zwischen politischer und ziviler Gesellschaft, sah jedoch beide Teile als untrennbar miteinander verbunden an. Aus der zivilen Gesellschaft, die als politische, geistige, kulturelle und moralische Orientierung fungiert, erwächst eine Hegemonie, die von einer Mehrheit der Bevölkerung anerkannt wird und sich von der Herrschaft unterscheidet, die in erster Linie von der politischen Gesellschaft ausgeübt wird. Herrschaft kann allerdings nur dauerhaft ausgeübt werden, wenn sie mit der Unterstützung der hegemonialen Gruppen rechnen kann. Im Falle der Podemos-Ideologie ist die Partei somit die Verkörperung der Mehrheit der Gesellschaft, die sich gegen eine kleine „Kaste“ von Politikern zur Wehr setzt, die nicht im Sinne der Zivilgesellschaft handelt und somit von dieser, in Verkörperung von Podemos, abgelöst werden muss. Hierzu passt auch die offizielle Absage an die traditionelle links-rechts-Einordnung des spanischen Parteiensystems. Laut Pablo Iglesias möchte Podemos lediglich für die Mehrheit der Bevölkerung sprechen und anhand seiner Taten im Sinne der

Allgemeinheit beurteilt werden.

Der Begriff der „Kaste“ bzw. „casta“ wurde nicht nur bereits vom Präsidenten der Zweiten Republik, Manuel Azaña, in der damaligen Zeitung „El luchador“ benutzt, als er die Gegner des republikanischen Systems als „casta política“ bezeichnete. Sondern auch in den Neunziger Jahren wurde er insbesondere von damaligen Vertretern des Rechtspopulismus in einem verblüffend ähnlichen Diskurs angewandt, um damals vor allem die regierende PSOE anzugreifen. Da diese Bewegungen sich damals allerdings nie über ein regionales Phänomen hinausentwickelten, wird das Nutzen dieses Begriffes heute oftmals als eine neue Rhetorik wahrgenommen.

Die Politiker von Podemos beziehen sich bei dem Benutzen des Begriffs wohl vor allem auf das Buch „La casta. Così i politici italiani sono diventati intoccabili“ der italienischen Journalisten Gian Antonio Stella und Sergio Rizzo des Corriere della Serra. In diesem beschäftigen sie sich insbesondere mit der grassierenden Korruption und den ungerechtfertigten Privilegien, die die Parteien in Italien genießen würden. Die „casta“, auch austauschbar mit „Korrupte“ („corruptos“), „Regime von 1978“ („régimen del 78“) oder „alte Elite“ („élite vieja“) steht sich in der Ideologie von Podemos den „anständigen Leuten“ („gente decente“) oder den „neuen Bürgern“ („ciudadanos nuevos“) gegenüber. Als „casta“ werden nicht nur die PP und PSOE (zusammen im Volksmund gelegentlich auch als PPSOE betitelt), sondern auch die in Katalonien regierende CiU (Convergència i Unió), die auf den Kanarischen Inseln regierende Coalición Canaria sowie die im Baskenland regierende PNV (Partido Nacionalista Vasco) bezeichnet.

5| Dennoch typische Organisationsform einer spanischen Partei

Dies hält Podemos nicht davon ab, eine ähnliche Organisationsform wie die etablierten Parteien zu haben. Während der Bürgerversammlung im Palacio de Vistalegre war die organisatorische Ausrichtung der Partei einer der größten Streitpunkte. Hierbei kam es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden bekanntesten Flügeln der Partei, der Gruppe „Claro que Podemos“ unter Führung von Pablo Iglesias und der Gruppe „Sumando Podemos“ des Europarlamentariers Pablo Echenique, dem auch die Abgeordneten des Europaparlaments Teresa Rodríguez und Lola Sánchez angehören. Echenique und Iglesias differierten dabei bezüglich drei zentraler Organisationskonzepte. Iglesias bevorzugte die traditionelle Parteiorganisation mit einem Generalsekretär an der Parteispitze, der alle drei Jahre gewählt wird, während Echenique für eine kollegiale Führung aus drei Mitgliedern plädierte. Zudem wollte Echenique 20 Prozent des Bürgerrats (Consejo Ciudadano) durch Los bestimmen lassen, was Iglesias strikt ablehnte und Echenique wollte den Großteil der Verantwortung beim Bürgerrat platzieren, während Iglesias dafür plädierte, die Macht zwischen dem Bürgerrat, dem Koordinationsrat (Consejo de Coordinación) und dem Generalsekretär aufzuteilen. Bei der Abstimmung kam es zu großer Kritik am Voting-System, das in der internetaffinen und sehr

effektiv in den sozialen Netzwerken aktiven Partei online über die Applikationen Agora-Voting und Appgee erfolgte. Bis zuletzt gab es zahlreiche Missverständnisse über den Wahlmodus der unterschiedlichen Programmvorschlüsse der Podemos-Gruppen, sodass sich einige Gruppen, wie die Gruppe „Sumando Podemos“ von Echenique benachteiligt fühlten. Letztendlich konnten sich alle Programmentwürfe der Gruppe um Iglesias mit deutlicher Mehrheit von mehr als 80 Prozent der Mitgliederstimmen durchsetzen. Einige Kritiker sahen die Bürgerversammlung durch den verwirrenden Wahlmodus, der die Gruppe um Iglesias klar begünstigte, eher als einen Ort der Ratifikation als einen Ort der Entscheidung an, in dem alle Vorschläge die gleiche Chance hätten sich durchzusetzen. Die öffentlich ausgetragenen Differenzen wurden jedoch als normal verkauft und als ein gesunder Prozess der demokratischen Meinungsbildung dargestellt.

Für noch größere Polemik sorgte der Wahlmodus für die Parteiorgane. Zwischen dem 10. und 14. November hatten die inzwischen über 240.000 Parteimitglieder die Möglichkeit, unter mehr als 1000 Kandidaten den 64 Mitglieder umfassenden Bürgerrat, den 10 Mitglieder umfassenden Koordinationsrat und den Generalsekretär zu wählen. Auch hier kam es zu großer Kritik von der Gruppe um Echenique, die bemängelte, dass das Team „Claro que Podemos“ von Iglesias volle Kandidatenlisten aufgestellt hatte, die als Ganzes von den Mitgliedern gewählt werden konnten. Echenique vertrat die Ansicht, dass die mediale Präsenz der führenden „Claro que Podemos“-Mitglieder es unmöglich machen würde, dass auch Mitglieder anderer Formationen gewählt werden könnten. Daraufhin zog „Sumando Podemos“ seine Kandidatenliste zurück und kritisierte die mangelnde Pluralität in der Partei. Noch energischer kritisierte der sehr aktive „Circulo de Enfermeras“ dieses Wahlsystem. Er warf den Organisatoren der Wahl „Kriecherei“ vor Pablo Iglesias vor und stellt fest, dass die ersten Keime der „casta“ in der Partei sprießen würden. In den sozialen Netzwerken wurde die Partei in Anspielung auf die Dominanz von Pablo Iglesias in der Folge vermehrt auch „Pablemos“ genannt. Die Befürchtungen der Kritiker bewahrheiteten sich schließlich und am 15.11. wurde bekanntgegeben, dass die Liste von Iglesias alle Parteiposten besetzen wird.

Der Konflikt hat sich mittlerweile auch auf die Wahlen in den Autonomen Gemeinschaften ausgeweitet und hat in einigen Gemeinschaft zu der Entstehung eines von den Medien so genannten „kritischen Sektors“ („sector crítico“) geführt, dem neben Echenique auch der Podemos-Mitbegründer Miguel Urbán angehört. Dieser tritt in der Autonomen Gemeinschaft Madrid gegen den Iglesias-Vertrauen Luis Alegre um den Posten des Generalsekretärs an. Der „kritische Sektor“ wird der Parteiführung um Iglesias einseitige Parteinarbeit zu Gunsten von auf ihrer Linie liegenden Kandidaten sowie mangelnde Pluralität vor.

6 | Ein sozialdemokratisches Wahlprogramm für alle politischen Richtungen

Wie bereits erwähnt, möchte Podemos in erster Linie nicht in eine bestimmte politische Richtung eingeordnet werden, sondern einen Platz in der Mitte („centralidad del tablero“) des politischen

Systems einnehmen, wie es Pablo Iglesias in seiner vielzitierten Rede im Palacio de Vistalegre erklärte. Bei näherem Betrachten des von der Versammlung verabschiedeten Programms und des am 28.11. vorgestellten Wirtschaftsprogramms ist die Tendenz hin zu einer Mischung aus orthodoxer linker und sozialdemokratischer Politik klar. Besonderer Fokus liegt dabei auf dem Wirtschafts- und Sozialprogramm, das unter den etablierten Parteien, Unternehmen und Ökonomen sehr umstritten ist, das allerdings bereits wesentliche Änderungen bezüglich einer Entschärfung der anfangs radikalen Position erfahren hat. So sieht das Programm eine Rente ab 65, eine gesetzliche Grundhilfe für Einkommenslose ohne nähere Spezifizierung, ein Verbot von Entlassungen in Unternehmen, die Gewinn schreiben, die Abschaffung von Zeitarbeitsverträgen und eine signifikante Steigerung des gesetzlichen Mindestlohns vor. Auf der Seite der Einnahmen sind eine stärkere Besteuerung von großen Vermögen, nach Einkommen steigende Steuern und eine Steuer auf Luxusgüter geplant, ohne dabei jedoch konkreter zu werden.

Entgegen des noch bei den Europawahlen postulierten Vorhabens sieht Podemos keine Nichtzahlung der Schulden vor, sondern plädiert für eine Restrukturierung der privaten und öffentlichen Schulden. Hierbei wird zwischen legitimen und illegitimen Schulden unterschieden. Letztere müssten nicht bezahlt werden, da es sich hierbei um risikoreiche Anlagen handeln würde, bei denen ein Kreditausfall hätte einkalkuliert werden müssen. Die linken Wirtschaftsprofessoren Vicenç Navarro und Juan Torres López, die das Wirtschaftsprogramm der Partei ausgearbeitet haben, sehen zudem die Notwendigkeit, mit den Gläubigern eine Veränderung der Zinssätze, einen Schuldenschnitt oder eine Verlängerung der Laufzeiten auszuhandeln, sodass die legitimen Schulden weiter bedient werden könnten. In bürgerrechtlicher Sicht vertritt die Partei klassische progressive Positionen wie die Beibehaltung der gleichgeschlechtlichen Ehe, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch sowie die strikte Trennung von Staat und Kirche.

Generell wird der Partei allerdings vorgeworfen, in ihren programmatischen Vorstellungen sehr unkonkret zu sein und bisher eher zum Protest zu neigen als mit wirklichen Lösungen für die Probleme des Landes zu überzeugen.

Anders als manche neu entstandenen Parteien in Europa ist Podemos nicht anti-europäisch eingestellt oder gar „Spaniens linke AfD“. Podemos richtet in seinem Programm einen ständigen Blick auf die innereuropäische Zusammenarbeit und sieht einige seiner Programmpunkte lediglich im gesamteuropäischen Kontext erfüllt. So schlägt die Partei etwa eine neue „Carta Democrática Europea“ vor, die eine größere Bürgerbeteiligung bei gesamteuropäischen Angelegenheiten vorsieht und mit Blick auf die separatistischen Bestrebungen in Katalonien Selbstbestimmung für die europäischen Völker fordert. Ein Austritt aus dem Euro ist ebenfalls nicht vorgesehen.

Auf internationalem Parkett interagiert die Partei zudem mit anderen ideologisch ähnlich gepolten Parteien wie Syriza in Griechenland, zu der Iglesias nicht zufällig seine erste Auslandsreise als

Vorsitzender von Podemos machte bzw. bei deren Wahlkampfabschlussveranstaltung er ebenfalls eine Rede hielt und deren Vorsitzender Alexis Tsipras am 15.11. auf der Abschlussveranstaltung der Bürgerversammlung von Podemos sprach.

Der Vergleich mit Syriza wurde auch in deutschen Medien vermehrt herangezogen und es finden sich zahlreiche Überschneidungen. So haben beide Parteien entscheidend von der Unzufriedenheit in der Krise profitiert und verkörpern den Wechsel in zwei stark unter der politischen Korruption leidenden Ländern. Dennoch betont selbst Pablo Iglesias, dass die spanische nicht mit der griechischen, viel dramatischeren Situation, vergleichbar sei. Zudem ist die Partei, gerade durch ihren moderateren und auf das politische Zentrum zielenden Kurs, anders als Syriza ausgerichtet.

Waren Lateinamerikanische Linksregierungen wie in Bolivien, Ecuador und Uruguay anfangs noch eine ständige Referenz der Parteiführung und führende Köpfe wie Monedero oder Errejon bereits für chavistische Organisationen tätig, so sind diese Positionen nun fast nicht mehr zu vernehmen. Mittlerweile gilt die nordeuropäische Sozialdemokratie mit ihrem Modell des Sozialstaats und der hohen Besteuerung als ökonomisches und gesellschaftliches Vorbild von Podemos. Auch dies ist als Zeichen einer moderater werdenden politischen Ausrichtung zu werten.

Dennoch wird Podemos von seinen politischen Gegnern nach wie vor mit dem venezolanischen Regime in Verbindung gebracht. Nicht zuletzt, weil Juan Carlos Monedero, wie er selbst bestätigt hat, jahrelang große Summen von der venezolanischen Regierung für Beratertätigkeiten kassiert hat. Dies sorgte insbesondere für große Polemik, da diese Tätigkeit nicht mit seinem Hauptarbeitgeber, der Universität Complutense, abgesprochen war.

7 | Mögliche Konsequenzen für das spanische Parteiensystem

Die immer weiter steigenden Umfragewerte von Podemos haben auch im Parteiensystem Spaniens seine Spuren hinterlassen. Das traditionelle Zwei-Parteiensystem („bipartidismo“) aus PSOE und PP mit kleineren, aber für die Regierung unbedeutenden Parteien wie IU und UPyD sowie einigen starken Regionalparteien wie CiU und ERC (Ezquerra Republicana de Catalunya) aus Katalonien, PNV aus dem Baskenland und der Coalición Canarias von den Kanarischen Inseln, gilt, wenn nicht als obsolet, so doch als angezählt.

Insbesondere der linke Flügel des Parteiensystems muss auf die Herausforderung durch die neue Partei reagieren. So wird in der (Noch-)Volkspartei PSOE intensiv über eine Strategie beraten, die möglicherweise an Podemos verlorenen Wählerstimmen zurückzuerlangen. Die Partei ist sehr darum bemüht, sich ein neues, jüngeres und tatkräftiges Image zu verschaffen. Dies zeigt sich etwa an Pedro Sánchez, dem im Juli neu gewählten Generalsekretär der PSOE. Er beschwört stets maximale Transparenz und Partizipation in der Partei, wettert gegen den wirtschaftsliberalen Kurs der Regierung, die Politik im Sinne der oberen 10 Prozent der Bevölkerung und der Wirtschaftselite machen würde und die auch im Diskurs von Podemos omnipräsenten „Drehtüren“ zwischen Politik

und Wirtschaft, die abzuschaffen seien. Seine Entschlossenheit versucht er auch dadurch zu demonstrieren, dass er hart gegen vermeintliche Korrupte in der eigenen Partei vorgeht. Hierzu passt auch der von Sánchez' „rechter Hand“ Cesar Luena immer wieder wiederholte Ausspruch „Gesagt und getan“ („Dicho y hecho“), der die neue Tatkraft symbolisierten soll. Gleichzeitig versucht die Partei auf Distanz zu Podemos zu gehen. Insbesondere von den PSOE-Veteranen wie dem langjährigen Regierungspräsidenten Felipe González und seinem damaligen Vizepräsidenten Alfonso Guerra wird Podemos des „demagogischen Populismus“ beschuldigt. Umso mehr war die Führungsriege der PSOE verärgert, von einem Treffen des ehemaligen Präsidenten Zapatero und des ehemaligen Verteidigungsministers José Bono mit Errejon und Iglesias zu erfahren. Dies hat zu starken Spannungen zwischen der alten und der neuen Parteiführung geführt, da sich Sánchez und Co. strikt von Podemos abgrenzen wollen.

Etwas indifferenter ist die Haltung der IU, bislang stets erste nationale Alternative auf Stimmen links von der PSOE. Während der scheidende Parteiführer Cayo Lara einem möglichen Bündnis mit Podemos noch reserviert gegenübersteht, plädiert die (Noch-)Nummer 2 der Partei, Alberto Garzón, für eine Zusammenarbeit mit Podemos. Die Lebensgefährtin von Pablo Iglesias, Tania Sánchez ist zudem einflussreiche IU-Politikerin in Madrid und Iglesias selber war bereits Berater der IU bei der Wahl in der autonomen Gemeinschaft Galicien im Oktober 2012, in der die IU schließlich in einem Wahlbündnis zusammen mit der nationalistischen Linken Anova namens AGE (Alternativa Galega de Esquerda) partizipierte. Hier lernte er wohl auch, dass sich eine neue linke Partei mit Hegemonialansprüchen jenseits der PSOE formieren kann.

Für zahlreiche Diskussionen hat die Entscheidung von Podemos gesorgt, nicht unter eigenem Namen bei den Wahlen in den meisten Städten und Gemeinden des Landes im nächsten Mai anzutreten. Monedero erklärte, man wolle die „Marke“ Podemos schützen, da man keine komplette Kontrolle über die möglichen Kandidaturen in den verschiedenen Ortschaften hätte. Die Partei tritt jedoch bereits bei den ebenfalls im Mai stattfindenden Wahlen für die Autonomen Gemeinschaften an und auch für die vorgezogenen Wahlen in Andalusien (22. März) und Katalonien (27. September) wird die Partei unter dem Namen Podemos firmieren. Für die Städte- und Gemeindewahlen plädiert Podemos für Blöcke der sog. „Volkseinheit“ („unidad popular“) bzw. für ein Zusammenfließen mit anderen Bewegungen und kleineren Parteien in „instrumentale Parteien“ („partidos instrumentales“), die nur für eine Wahl gegründet werden und unterschiedliche Namen haben. Dies ist etwa in Madrid die juristische Form. Insbesondere die IU in der Hauptstadt ist bereits seit mehreren Monaten in zwei Lager gespalten. Bei dem Streit geht es um die Haltung zu Podemos und die Frage, ob man sich an der Partei mit ihnen und Ganemos beteiligen soll. Momentan ist jedoch keine Lösung des Konfliktes in Sicht.

Die Strategie der regierenden PP ist es vor allem, vor der Gefährlichkeit und Demagogie von

Podemos zu warnen und sie als eine Gefahr für die Demokratie darzustellen. Zudem stellt sie sich selber als Garant von Wachstum und Stabilität dar. Gleichzeitig versucht sie, wie die PSOE, einen Prozess der innerparteilichen Säuberung von Korruption anzustoßen, was ihr jedoch von vielen Spaniern auch aufgrund täglich neuer Korruptionsvorwürfe kaum abgenommen wird. Es kann ausgeschlossen werden, dass sie sich auf Podemos zubewegen wird, dazu ist die Partei zum einen zu unbeweglich, was bereits die Unflexibilität in der Katalonienfrage unter Beweis gestellt hat. Zum anderen vertraut sie auf ihre Stammwähler und eine weitere Fragmentierung der Linken. Traditionell ist die Volatilität der Wähler bei der PP wesentlich geringer als bei der PSOE, sodass sie bei Wahlen stets auf ähnliche Wählerstimmen kommt, während die PSOE in der Regel weit mehr oder weit weniger Stimmen bekommt als die PP. Diesmal liegt ihre Herausforderung allerdings zum einen darin, ihre Wähler an die Urnen zu bringen, da die letzte CIS-Umfrage ungewöhnlich hohe Nichtwählerquoten bei ehemaligen PP-Wählern ausgemacht hat. Und zum anderen macht ihr die Partei Ciudadanos, die zum ersten Mal zu Wahlen außerhalb Kataloniens antritt und vor allem Wähler leicht rechts von der Mitte anspricht, Stimmen streitig.

8| Ausblick: Mögliche Entwicklungen des spanischen Parteiensystems

Die Frage für die nächsten Monate wird sein, ob Podemos die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen kann und auch kritische Stimmen innerhalb der Partei integriert werden können. Zudem muss die Partei das Image des Neuen und Besonderen bewahren und sich von den etablierten Parteien abgrenzen oder wie Pablo Iglesias in der Sendung „Salvados“ gesagt hat: „In dem Moment, in dem wir auch nur minimal wie die ‚casta‘ erscheinen, sind wir tot.“ Gerade die Strategie, die Widersprüchlichkeiten hintern den führenden Podemos-Gesichtern aufzudecken, wird bereits emsig von Medien und Podemos-Gegnern verfolgt. Zudem muss die Partei sich weiter glaubhaft als Stimme des Volkes gegen das Zweiparteiensystem, Ungerechtigkeit, Korruption, die Übermacht der Märkte und auch die in Spanien unbeliebte Angela Merkel inszenieren können sowie die Skeptiker unter den potentiellen Wählern (insbesondere der politischen Mitte) überzeugen, dass eine Alternative zur bisherigen Politik realistisch und durchführbar ist und Spanien aus der Krise führen kann.

Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass die Partei bei den Wahlen im Herbst 2015 die absolute Mehrheit erlangen kann, wie sie es als Ziel ausgibt. So bieten sich in der spanischen Politik zum ersten Mal seit der Erlangung der Demokratie verschiedene Optionen jenseits der Ein-Parteien-Regierung an. Zum einen kann es zu einem Bündnis zwischen PSOE, Podemos und IU kommen, was insbesondere die Parteiführungen von Podemos und PSOE nach wie vor strikt ablehnen, oder es könnte gar nach deutschem Vorbild eine große Koalition zwischen der PP und der PSOE entstehen, was jedoch ebenfalls noch von der PSOE ausgeschlossen wird.

Die etablierten Parteien stehen vor der Herausforderung, den Bürgern glaubhaft zu vermitteln, dass sie aus ihren Fehlern gelernt haben und insbesondere die Korruption in ihren eigenen Reihen

bekämpfen wollen. Mit Podemos haben die Proteste des 15-M endlich eine Chance auf Repräsentation erlangt und stehen nun vor der Gelegenheit, ihre Forderungen in politische Formen zu gießen. In einigen spanischen Zeitungen wird bereits von einer „Zweiten Transition“ gesprochen und auch die Partei sieht sich bei aller Kritik an dieser auch in deren Tradition. So schloss die Bürgerversammlung im Palacio de Vistalegre nicht zufällig das Singen des Liedes „L’Estaca“ des katalanischen Musikers Lluís Llach ab, der Protesthymne der Transition. Carlos Monedero erklärte hierzu, dass sie damit an diejenigen erinnern möchten, die gegen die Franco-Diktatur gekämpft haben und als deren Vermächtnis sich die Partei sieht.

Beim „Marsch der Veränderung“ vom 31. Januar war immer wieder „Tick-Tack, Tick-Tack“ zu hören. Vielleicht sind die Uhren für den „bipartidismo“ tatsächlich bald abgelaufen. Doch das Wahljahr 2015 ist lang. Der Wahlkampf hat bereits begonnen und wird mit harten Bandagen geführt werden.

Christian Pfeiffer, M. A., ist Doktorand der Politikwissenschaft an der Universität Rostock und beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit aktueller spanischer Politik sowie spanischer und deutscher auswärtiger Kulturpolitik. Kontakt: christian.pfeiffer@uni-rostock.de

Literatur:

Algarra, Martín; Bosco, Juan: Por qué Podemos eligió L’Estaca de Lluís Llach para despedir su asamblea. In:

http://noticias.lainformacion.com/espana/por-que-podemos-eligio-l-estaca-de-lluis-llach-para-despedir-su-asamblea_NmUDsysCVJlz7VomeOIPu4/.

Bedoya, Juan G.: Sólo el 34,3% de los españoles vive sin carestías esenciales, según Cáritas. In:

http://politica.elpais.com/politica/2014/10/28/actualidad/1414500612_030830.html.

Bolaños, Alejandro: España sufre la crisis más desigual.

http://economia.elpais.com/economia/2014/06/19/actualidad/1403175466_879515.html.

Casals, Xavier: El pueblo contra el parlamento. El nuevo populismo en España 1989-2013. Barcelona 2013.

Castaño, Federico: La reunión de Zapatero con Pablo Iglesias agita el fantasma en el PSOE del Frente Popular

<http://vozpopuli.com/actualidad/56193-la-reunion-de-zapatero-con-pablo-iglesias-agita-el-fantasma-en-el-psoe-del-frente-popular>.

Centro de investigaciones sociológicas: Valoración de la situación económica actual. In:

http://www.cis.es/cis/export/sites/default/-Archivos/Indicadores/documentos_html/sK102010010.html.

Ferrándiz, José Pablo: El potencial votante de Ciudadanos. In:
http://politica.elpais.com/politica/2015/01/31/actualidad/1422719268_527782.html.

Europa Press: Ganemos y Podemos se presentarán juntos como "partido instrumental"
<http://www.europapress.es/madrid/noticia-candidatura-comun-ganemos-podemos-madrid-presentara-partido-instrumental-no-coalicion-20150129171231.html>.

Dominguez, Daniel: Pablo Iglesias, de colaborador de Beiras a líder de Podemos. In:
<http://www.farodevigo.es/galicia/2014/05/27/pablo-iglesias-colaborador-beiras-competencia/1031305.html>.

El País: Elecciones europeas 2014. In: <http://resultados.elpais.com/elecciones/2014/europeas/>.

El País: Los millonarios en España crecen un 24% hasta junio gracias a la Bolsa. In:
http://economia.elpais.com/economia/2014/10/14/actualidad/1413276020_545357.html.

El País: Los 62 de Podemos: In: In:
http://politica.elpais.com/politica/2014/11/15/actualidad/1416083204_351563.html.

El País: Pablo Iglesias ansía un programa de televisión si es presidente. In:
http://politica.elpais.com/politica/2014/10/26/actualidad/1414331113_658616.html.

Errejon Galván, Iñigo: La lucha por la hegemonía durante el primer gobierno del MAS en Bolivia (2006-2009): un análisis discursivo: <http://eprints.ucm.es/14574/1/T33089.pdf>.

Garea, Fernando: Podemos supera a PSOE y PP y rompe el tablero electoral. In:
http://politica.elpais.com/politica/2014/11/01/actualidad/1414865510_731502.html.

Guerrero, Rafael: Podemos pretende poner en manos de las asociaciones de víctimas del franquismo su política memorialista. In: <http://www.publico.es/politica/553331/podemos-pretende-poner-en-manos-de-las-asociaciones-de-victimas-del-franquismo-su-politica-memorialista>.

Infolibre: La pobreza infantil se dispara en España. In:
http://www.infolibre.es/noticias/politica/2014/10/28/la_pobreza_infantil_dispara_espana_23238_1012.html.

López Àgueda, Òscar: ¿Y si Podemos perjudica más al PP? In:
http://elpais.com/elpais/2014/11/04/opinion/1415122739_732107.html.

Maestre, Antonio: El concepto 'casta', de Manuel Azaña a Hermann Terstch. In:
<http://www.lamarea.com/2014/08/19/el-concepto-casta-un-discurso-que-se-remonta-al-siglo-xix/>.

Manetto, Francesco: Monedero promete documentar sus trabajos si le autoriza Venezuela, In:
http://politica.elpais.com/politica/2015/01/22/actualidad/1421959926_442257.html.

Monedero, Juan Carlos: La Transición contada a nuestros padres. Nocturno de la democracia española. Madrid 2011.

Necocios.com: Sólo 615 encarcelados por delitos económicos. In:
<http://www.negocios.com/noticias/615-encarcelados-delitos-economicos-17102014-1457>.

Pais Beiro, Mario: De tertulianos a líderes políticos. In: http://www.eldiario.es/politica/tertulianos-lideres-politicos_0_350315696.html.

Podemos: Documento final del programa colaborativo. In: <http://podemos.info/wordpress/wp-content/uploads/2014/05/Programa-Podemos.pdf>.

Podemos: Un proyecto económico para la gente. In: <http://ep00.epimg.net/descargables/2014/11/28/37dc1d523a3239ad542259097012eb36.pdf>.

Precedo, José; Torres, Alejandra: Octubre negro en los recovecos del poder. http://politica.elpais.com/politica/2014/10/31/actualidad/1414791879_920564.html.

Redondo, David: 'Salvados', con Pablo Iglesias, bate todos sus récords. In: http://www.cadenaser.com/television/articulo/salvados-pablo-iglesias-bate-todos-records/csrcsrpor/20141027csrcsrte1_1/Tes.

Rodríguez Suanzes, Pablo: Spaniens linke AfD gewinnt. In: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-11/podemos-pablo-iglesias-spanien>.

Rubio Hancock, Jaime: El impresionante ascenso de Podemos en 14 datos. In: <http://blogs.elpais.com/verne/2014/11/ascenso-podemos-datos.html>.

Stella, Gian Antonio; Rizzo, Sergio: La casta. Così i politici italiani sono diventati intoccabili. Mailand 2007.